

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



Fairer Handel auch bei Milch

landesverband | Seite 4

**In die neue industrielle Revolution
investieren**

landtag | Seite 6

**Falsche Prioritäten bei der
Krisenbewältigung**

bundestag | Seite 9





Jörg Nickel

Grün ist die Hoffnung

Obama schließt Guantanamo und drängt die Autolobby in den USA, endlich schadstoffärmere Autos zu produzieren. Hoffnung und Glaubwürdigkeit haben in der Krise Konjunktur. Aus „Yes, we can!“ muss nun ein nachhaltiges „Yes, we did!“ werden. Mehr nachhaltiges Grün – lautet da unser kräftiger Zuruf über den großen Teich! Mehr Grün – lautet auch für uns die Devise nach dem Auftakt in Hessen mit 13,7 Prozent im Superwahljahr 2009. Mehr Grüne Inhalte – und weniger inhaltloses Gezerre um die Verwaltung des Nichtstuns, wie die großen Koalitionen in Bund und Land es zeigen: Keine Kraft zur Strukturreform, kaum Geld für Kindergärten und die Umwelt, zu wenig für die Bildung aber Milliarden für Banken, Straßen und Automobilhersteller. Diese Politik von gestern wird keine Zukunft bringen und deshalb auch keine haben.

In der Krise des Marktes singen ausgerechnet die Neoliberalen von CDU und FDP nun das hohe Lied des Staates und verlangen mehr Regulierung. Diese Wende nimmt ihnen niemand ab. Glaubwürdige Politik hängt ihr Fähnchen nicht nach dem Wind, der nach dem Willen der Herren Wadepful und Kubicki demnächst schwarz-gelb über Schleswig-Holstein wehen soll. Statt sich mit koalitionsären Tändeleien und Machtphantasien zu beschäftigen, müsste die CDU hierzulande endlich ihrer Verantwortung als Regierungspartei gerecht werden und konstruktive Politik machen. Wenn ihr dazu die Ideen und die Kraft fehlen, soll sie abdanken und den Weg für Neuwahlen freimachen.

Wir Grüne freuen uns auf die kommenden Wahlkämpfe. Wir werden geschlossen und zuversichtlich für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik, für gute Bildung für alle und mehr Schutz für Natur und Umwelt streiten, und wir werden dafür sorgen, dass eine Regierungsbildung jenseits von Grün unmöglich wird.

Euer Landesvorstand

Markus, Marlies, Marlene, Robert

Europa vor der Haustür

Von Marlene Löhr

Für uns Schleswig-HolsteinerInnen ist der erste Gang zur Wahlurne dieses Jahr die Wahl zum Europaparlament. Und während sich für viele Menschen Europa in Brüssel, Straßburg und Luxemburg abspielt, wird vor allem von den Menschen im nördlichen Schleswig-Holstein Europa jeden Tag gelebt. Die deutsch-dänische Grenzregion Sønderjylland-Schleswig macht vor, was ganz Europa anstrebt: Grenzenloses Miteinander.

Sie macht klar, worauf wir uns in Europa konzentrieren müssen: auf ein Europa, welches nicht an nationalen Grenzen festhält, sondern welches über Grenzen hinweg Regionen so gestaltet, dass die Region einen echten Mehrwert für die Menschen darstellt. Sønderjylland-Schleswig ist auf dem guten Weg, die Grenze (aus den Köpfen) verschwinden zu lassen. So pendeln nicht nur viele Menschen zur Arbeit über die Grenze und erleben damit, was Europa schon heute (arbeits-)rechtlich alles möglich macht, sie können sich auch entscheiden, ob ihre Kinder in deutsche oder dänische Kindergärten und Schulen gehen. In Flensburg und Sønderborg studieren inzwischen mehrere hundert StudentInnen in grenzübergreifenden Studiengängen und bekommen sowohl einen dänischen als auch einen deutschen Studienabschluss. Außerdem gibt es bei Handballspielen zwischen Deutschland und Dänemark in der Grenzregion nie einen Verlierer.

Wir Grünen sind die Kraft in Europa, die für Gerechtigkeit, Klimaschutz und ein geeintes Europa streitet. Lasst uns nicht vergessen, Europa erlebbar zu machen! ●

▶ Wahlkampfauftakt mit Reinhard Bütikofer

Zum Wahlkampfauftakt in Schleswig-Holstein kommt der Spitzenkandidat Reinhard Bütikofer am 19. und 20. Mai nach Kiel.

Eine andere Form von Konjunktur: Bildung

So wie wir die Klima- und die Wirtschaftskrise zusammen denken müssen, können wir auch die soziale Frage nicht ohne die Bildungsfrage lösen.

Von Robert Habeck

Vergleicht man das so genannte Konjunkturpaket II mit dem Konjunkturprogramm der Obama-Regierung, fällt neben dem ungleich größeren Umfang vor allen Dingen eines auf: Das Obama-Paket schließt Bildung mit ein. Bildungsinvestitionen sind nicht nur auf Schulgebäudesanierung beschränkt, sondern stocken alle Ausbildungsprogramme auf, von der frühkindlichen Bildung bis zur Universität. Ein Sonderprogramm für benachteiligte Jugendliche wird aufgelegt. Darüber hinaus beinhaltet der „stimulus plan“ auch ein Bildungsgeld für bedürftige Studierende. Ein größerer Teil davon geht jedoch an die Banken, die den Studierenden Kredite leihen. Dennoch sind der Umfang und die breite Aufstellung des Programms beeindruckend und stehen in einem scharfen Gegensatz zu dem förderalen Klein-Klein in Deutschland, wie dem Gießkannenprinzip der großen Koalition.

Dabei ist völlig klar: Die Menschen werden nur dann bereit sein, aus der Krise der Wirtschaft eine Lehre zu ziehen und den Aufbruch in ein neues, CO₂-armes Zeitalter zu wagen, wenn sie keine Zukunftsangst haben und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit. Und dafür ist Bildung der Schlüssel. Oder anders: So wie wir die Klima- und die Wirtschaftskrise zusammen denken müssen, können wir auch die soziale Frage nicht ohne die Bildungsfrage lösen. Dass ein Drittel der Gesellschaft von ausreichender Bildung abgekoppelt wird, ist schlicht nicht hinnehmbar und wird die Gesellschaft mittelfristig spalten. Das hat viel mit einem altmodischen Klassenschulsystem zu tun. Aber der Grundfehler der großen Koalition in Schleswig-Holstein war, dass sie in die Reform an den Schulen hineinge-

spart hat (und dass sie jetzt keinerlei Initiative entfaltet, das Bundesprogramm in Richtung Bildung zu verschieben).

Von Obama lernen heißt nun dreierlei:

1. Deutschland muss seine Bildungsausgaben erhöhen. Nicht nur einmalig, sondern systematisch – allein 14 Milliarden Euro mehr sind jährlich nötig, um auf den OECD-Durchschnitt zu gelan-

sen in einer großen Kraftanstrengung die Kitas zu spielerischen Bildungsorten werden, die Ganztagschulen auch nachmittags pädagogischen Auftrag erhalten, die Universitäten mehr Mittel.

3. Die Privatisierung der Bildungsfinanzierung muss gestoppt werden, vom Bezahlen der Lehrmittel bis zu Studiengebühren. Im Gegenteil – es wäre besser,



Die Bildungsausgaben müssen systematisch erhöht werden, damit sich die Gesellschaft nicht spaltet.

gen (die europäischen Spitzenreiter und die USA geben noch weit aus mehr aus). Dazu muss das veraltete Investitionskriterium, das nur Stein und Stahl berücksichtigt, neu definiert werden.

2. Es muss möglich sein, dass die Bundesregierung auch qualitative Unterstützung bereitstellt. Roland Koch hat bei der Förderalismusreform I genau dies als Verbot durchgesetzt. Das war schon damals Unsinn, jetzt ist es schlicht unzeitgemäß. Und dann müs-

wie es in Dänemark Praxis ist, ein Bildungsgeld einzuführen. Damit könnte Deutschland sogar weiter gehen, als Obama es tut. ●

▶ **Diary of Change:** Robert Habeck berichtete für die Böll-Stiftung über den Politikwechsel aus den USA: <http://tinyurl.com/boell-obama>

Fairer Handel auch bei Milch

20 bis 25 Cent bekommen die Milchbauern für einen Liter Milch. Davon können die Betriebe nicht überleben.

Von Marlies Fritzen

Milch von glücklichen Kühen versprach eine Werbung in meiner Kindheit. Dass die Kühe glücklich sind, wollen wir hoffen. Die Milchbauern aber haben in letzter Zeit allen Grund unglücklich zu sein. Die Preise für Milch liegen unterhalb der Kosten für ihre Erzeugung und reichen

agrarischer Interessen für eine möglichst billige Rohstoffversorgung – auf die Preise.

Heute liegt der Erzeugerpreis pro Liter Milch bei 20 bis 25 Cent. Die Bauern brauchen für eine kostendeckende Erzeugung aber etwa 40 Cent. Statt die Milchmengen zu reduzieren und so die

operierende Lebensmittelproduzenten wie Nestle oder Danone bauen so auch mit staatlicher Unterstützung ihre Weltmarktanteile aus.

In dieser Situation strebt Landwirtschaftsminister von Boetticher mit Unterstützung des Bauernverbandes nun sogar fast eine Verdoppelung der schleswig-holsteinischen Milchproduktion an. Dieser Plan wird die Preise noch mehr unter Druck setzen und hat durch die damit verbundene zunehmende Intensivierung negative Auswirkungen in sensiblen Grünlandstandorten, die nicht zuletzt auch von großer Bedeutung für den Natur- und Artenschutz in unserem Land sind.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass weder bei uns noch in den Entwicklungsländern bäuerliche Existenzen durch subventionierte Überproduktion oder Exporte zerstört werden. Wir lehnen die jetzige Quotenregelung mit jährlich vorgegebenen Steigerungen



Sabine Geilerpixelto

Grüne wollen, dass weder bei uns noch in den Entwicklungsländern bäuerliche Existenzen durch subventionierte Überproduktion oder Exporte zerstört werden.

längst nicht mehr, um den bäuerlichen Betrieben ein auskömmliches Einkommen zu sichern.

Mit ihrem Lieferstreik haben die Milchbauern im letzten Jahr auf ihre prekäre Situation aufmerksam gemacht und viel Sympathie bei den VerbraucherInnen gewonnen.

Die 1984 eingeführte Milchquote, die die Milchmenge regulieren sollte, wurde von Beginn an zu hoch angesetzt. Zusammen mit staatlichen Subventionen drückte dies – ganz im Sinne

Preise zu stabilisieren, setzten konservative CDU-Agrarpolitiker eine weitere Erhöhung der Quote durch. Im Januar wurden auf Druck von Bauernverband und Milchindustrieverband sogar erneut Exportsubventionen aus dem EU-Haushalt für Milchprodukte eingeführt. Nun werden wieder Märkte in aller Welt mit billiger Milch aus Europa überschwemmt. Dies ist nicht nur ein mit Steuergeldern finanzierter Anschlag auf die Ernährungssouveränität der Entwicklungsländer und der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit – agrarindustrielle Unternehmen und international

Wir lehnen die jetzige Quotenregelung mit jährlich vorgegebenen Steigerungen entschieden ab.

entschieden ab. Stattdessen setzen wir uns für die Entwicklung eines flexiblen Steuerungssystems von Milchmengen ein, das sich am Bedarf des Marktes orientieren muss. Nur so sind faire Preise für die LandwirtInnen und VerbraucherInnen möglich. Der rechtliche Rahmen für solche Regeln soll gemeinsam mit den ErzeugerInnen sowohl auf nationaler wie europäischer Ebene umgesetzt werden. ●

Liebe Freundinnen und Freunde!



Zunächst versuchte die Landesregierung lange den Anschein zu erwecken, als machte die Finanzkrise einen Bogen um die HSH Nordbank und die Sparkassen im Norden. Landesfinanzminister Wiegard verschwieg dem Parlament unbequeme Wahrheiten, deshalb haben die Grünen seinen Rücktritt gefordert.

Personen auszutauschen, reicht aber nicht. Wie sich die Sparkassen neu aufstellen können und was aus den Landesbanken werden soll, erläutert Monika Heinold.

Der Einfluss der Frauen auf Wirtschafts- und Finanzentscheidungen ist auch heute – trotz der ersten Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik – noch gering. Vor neunzig Jahren konnten in Deutschland Frauen erstmals wählen. Bei den Grünen gestalten Frauen erfolgreich Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dies muss auch in der „freien Wirtschaft“ möglich sein. Mehr dazu findet ihr im Artikel auf dieser Seite.

Gegen die negativen Folgen der Finanzkrise hat die Bundesregierung zwei große Finanzpakete aufgelegt. Die Grünen haben kritisiert, dass diese Milliardenausgaben in ihrer Wirkung verpuffen. Wir haben dagegen ein Konzept unter dem Motto „Green New Deal“ entworfen. Was dies konkret bedeutet, beschreibt unser Fraktionsvorsitzender Karl-Martin Hentschel.

Das Gegenteil von einem grünen Deal praktiziert die Landesregierung im Umgang mit den Grünlandflächen in der Landwirtschaft. Statt in ausreichendem Maße Brache und naturbelassene Landschaft zu fördern, gibt das Landwirtschaftsministerium Anreize zur intensiven Nutzung dieser sensiblen Flächen. Mehr dazu im Beitrag von Detlef Matthiessen.

Einen sonnigen, grünen Frühlingsanfang wünscht **Angelika Birk**, bildungs- und sozialpolitische Sprecherin.

Frauenpolitik konkret

Von *Angelika Birk*

Vor neunzig Jahren haben Frauen zum ersten Mal in Deutschland wählen dürfen. Bis heute aber beträgt ihre Präsenz in den deutschen Parlamenten weit unter 40 Prozent. In den Entscheidungsgremien der deutschen Wirtschaft findet sich in Deutschland kaum eine Frau. Nicht zuletzt die Finanzkrise zeigt: Männer sind fast immer betroffen, wenn es jetzt darum geht, wer in den Vorständen und Aufsichtsräten die Verantwortung trägt. Frauen finden sich meistens auf den Arbeitsplätzen, die im Zuge der Wirtschaftskrise zuerst in Gefahr geraten.

Die Landtagsfraktion hat die Landesregierung daher aufgefordert, sich im Bund dafür einzusetzen, dass, wie in Norwegen, Aufsichtsräte zwingend zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzen sind und endlich auch die Privatwirtschaft gesetzlich auf

Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet wird. Außerdem soll die Landesregierung noch in diesem Jahr den schon im letzten Jahr fälligen Bericht über den Standard der Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorlegen. Keinesfalls darf die Landesregierung die Haushaltsbeschlüsse zur Landesförderung der Notrufe und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen durch eigenmächtige Kürzungen konterkarieren (DS 16/2457). ●



Susanne-Berghoff-pixelio

In die neue industrielle Revolution investieren

Schleswig-Holstein ist ein Musterbeispiel dafür, was die grüne industrielle Revolution leisten kann.

An der Westküste ist die grüne Industrie der Wirtschaftsfaktor Nummer zwei hinter dem Tourismus.

Von Karl-Martin Hentschel

„New Deal“ war das Konjunkturprogramm, mit dem der amerikanische Präsident Roosevelt sein Land aus der großen Weltwirtschaftskrise führen wollte, die mit dem Zusammenbruch der Börsen im Jahr 1929 begonnen hatte. Heute sehen uns viele Wirt-

forderungen gemeinsam löst – die Weltwirtschaftskrise, den Klimawandel und die ungerechte Verteilung von Wohlstand. Wir brauchen eine neue industrielle Revolution, wir brauchen den „Green New Deal“.

Die Finanzkrise bedeutet auch eine riesige Chance. Selten zuvor wurde so

küste ist die grüne Industrie der Wirtschaftsfaktor Nummer zwei hinter dem Tourismus. In Husum liefert sie bereits 40 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Es ist ein Trauerspiel, wie die großen Koalitionen in Bund und Land dabei sind, diese Jahrhundertchance zu vergehen.

Der größte Aberwitz ist die Abwrackprämie von 2.500 Euro. Die soll angeblich auf einen Vorschlag der SPD zurückgehen und wird uns als Umweltprämie verkauft. Die Prämie ist Unsinn, weil es keinerlei Kopplung an den CO₂-Ausstoß des Neuwagens gibt und die Prämie ist Unsinn, weil die Autokäufe nur vorgezogen werden. Wenn der Prämientopf alle ist, wird die Krise nur umso schlimmer.

Der größte Arbeitmarkteffekt ist erreichbar durch Investitionen in die Wärmedämmung von Gebäuden. Das schafft qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort für das Handwerk. Ein solches Programm löst Multiplikatoreffekte von mindestens 5 zu 1 aus: Ein investierter Euro des Staates schafft hier fünfmal soviel Arbeitsplätze wie im Straßenbau.

Es wird Zeit, den Wettkampf um die Zukunft aufzunehmen, unsere Chancen zu nutzen und hier in Schleswig-Holstein wieder in die dritte industrielle Revolution zu investieren. ●

Mehr zum Thema: <http://is.gd/iVYK>



Wärmedämmung zahlt sich nach wenigen Jahren aus.

schaftsexperten vor einer ähnlich tiefgreifenden Krise stehen. Die Verfechter des Neoliberalismus, die immer weniger staatliche Kontrolle des Finanzsystems gefordert haben, stehen nun vor einem Scherbenhaufen.

Was wir jetzt brauchen, ist ein System, das unsere drei gigantischen Heraus-

viel Geld für Investitionen bereitgestellt. Nie zuvor war die Gelegenheit günstiger, einen Strukturwandel in der Wirtschaftspolitik – hin zu mehr Nachhaltigkeit – einzuleiten.

Schleswig-Holstein ist ein Musterbeispiel dafür, was die grüne industrielle Revolution leisten kann. An der West-

Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise für Sparkassen und Landesbanken

Von *Monika Heinold*

Wir Grüne haben uns immer für den Erhalt der Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute eingesetzt. Sie versorgen 50 Prozent der Betriebe mit Krediten und sichern das Konto für jedermann/frau. Sie sind kommunal verankert und dem Gemeinwohl verpflichtet. Eine (Teil-)Privatisierung der Sparkassen würde diese Aufgaben gefährden. Deshalb lehnen wir sie ab.

Als Anteilseigner der HSH Nordbank sind die Sparkassen auch von den hohen Verlusten dieser Bank betroffen. Schlimmstenfalls kann dies ihre Existenz gefährden. Damit die Sparkassen in der Finanzmarktkrise nicht unter die Räder kommen, fordern wir, dass das Land notfalls einspringt und den Sparkassen ihre Anteile zu einem fairen Preis abkauft.

Ursprüngliche Aufgabe der Landesbanken war es, die Sparkassen und die größeren Betriebe vor Ort mit Krediten zu versorgen und die strukturelle Weiterentwicklung des Landes zu unterstützen. Nun müssen wir feststellen: Die Landesbanken haben sich von diesen Zielen weit entfernt und wurden zu Globalplayern, die auf Gewinnmaximierung setzten und sich an hochriskanten Geschäften beteiligt haben.

Aufgabe des Staates ist es aber nicht, mit Steuergeldern Monopoly zu spielen. Deshalb schlage ich vor, dass das Land seine Anteile an der HSH-Nordbank in den nächsten Jahren verkauft. Die regionale Kreditversorgung kann auch anders

sicher gestellt werden – durch die Gründung eines Sparkassen-Bundeszentralinstitutes in Berlin mit sieben Filialen. Damit wäre auch weiterhin im norddeutschen Raum ein Ansprechpartner für die Sparkassen, für das Land und für die Wirtschaft vorhanden. ●



Mit Steuergeldern darf man nicht Monopoly spielen.

Schleswig-Holstein ist Deutscher Meister bei Grünlandvernichtung

Von *Detlef Matthiessen*

Artenreiche Wiesen und Weiden, das so genannte Grünland, prägt unser Landschaftsbild und hat eine einzigartige Bedeutung für die biologische Vielfalt. In Deutschland kommen im Grünland mehr als 2.000 Pflanzenarten vor, das sind rund 52 Prozent des Artenbestandes bei uns überhaupt. Dies ist auch ein Grund, warum die Europäische Union bereits in den 90er Jahren durch die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) von allen Mitgliedsstaaten einfordert, das Grünland zu erhalten.

Trotz alledem schreitet der Verlust dieser wichtigen Lebensräume weiter voran. Dies ergibt sich aus neuen Zahlen, die die Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Grünen hin mitgeteilt hat. Drei Prozent der Fläche sind im Bundesdurchschnitt seit 2003 verloren gegangen. Und Schleswig-Holstein?

Unser Land belegt einen traurigen Spitzenplatz! Bei der Grünlandvernichtung sind wir Deutscher Meister. In Schleswig-Holstein waren es acht Prozent Verlust zwischen 2003 und 2008. Das ist die Bilanz der Politik des angeblichen Umweltministers von Boetticher, der sich lieber auf seine Rolle als Bauernminister beschränkt. 28.000 Hektar Fläche, 280 Quadratkilometer, soviel wie die Flächen von Kiel, Flensburg und Neumünster zusammengenommen, wurden vernichtet.

Die Landesregierung muss endlich Maßnahmen ergreifen, um diesen Aderlass an biologischer Vielfalt zu stoppen. Wie in den Meeren die Korallenriffe, sind unsere Wiesen und Weiden Tummelplätze der Artenvielfalt. Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr davon. ●

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

März 2009

Falsche Prioritäten bei der Krisenbewältigung

Es musste erst zu einer weltweiten Krise kommen, damit die große Koalition wichtige Politikfelder endlich in den Fokus ihres Handelns rückt. Mit schnell aufgelegten Konjunkturpaketen versucht die Bundesregierung nun das Land vor der Konjunkturflaute zu bewahren.

Von *Grietje Staffelt*

Von Rezessionsangst getrieben prescht die Regierung mit einem kunterbunten Sammelsurium an Maßnahmen in die Krisenbewältigung. Die finanzielle Gewichtung der einzelnen Maßnahmen zeigt deutlich, wo die Bundesregierung ihre Prioritäten setzt.

Zunächst klingen die 14 Mrd. Euro, die von der Bundesregierung für nachhaltige Zukunftsinvestitionen bereitgestellt werden, nach entschlossenem und großzügigem Handeln. Mit 4 Mrd. Euro des Gesamtpakets als Bundesinvestitionen sollen der Ausbau und die Erneuerung des Verkehrswegenetzes, die energetische Sanierung von Bundesbauten und die Ressortforschung gefördert werden. Die restlichen 10 Mrd. Euro sind als

Investitionsprogramm für Länder und Kommunen vorgesehen. Davon sind

6,5 Mrd. Euro für den dringenden Ausbau und die Sanierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen vorgesehen. Es bleiben 3,5 Mrd., die dann in die Erweiterung und die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur fließen sollen.

Diesen Hilfgeldern für die kommunale Infrastruktur, mit denen auch die Breitband-Infrastruktur gefördert werden soll, stehen geschätzte 3,8 Milliarden Euro gegenüber, die den Bund bis 2014 die Steuerbefreiung für Neufahrzeuge, die neue Kfz-Steuer und die Abwrackprämie kosten werden. Ins Extreme verschieben sich die Verhältnisse, wenn man die Zuschüsse für die Infrastruktur mit den über 92 Mrd. € an Steuergeldern für Hilfsleistungen und Bürgschaften beim Baufinanzierer Hypo Real Estate vergleicht.

Die Automobilindustrie ist durch eine verfehlt Modellpolitik und die Finanzwirtschaft durch ihre blinde Gier nach Gewinnen in schweres Fahrwasser gera-

ten. Die über eine Million Haushalte ohne Breitbandanschluss dagegen sind für ihre Situation genauso wenig verantwortlich wie die Millionen von Kindern in baufälligen, schlecht ausgestatteten Kindergärten und Schulen.

Es richtig, dass der Bund in der Krise Geld in die Hand nimmt und als öffentlicher Investor versucht die Wirtschaft anzukurbeln. Er handelt aber mit den falschen Prioritäten, wenn er seine Mittel nicht nutzt, um nachhaltig und zukunftsorientiert zu fördern. Seien es alternative Antriebe, vernünftige und durchsichtige Anlagemodelle oder aber der flächendeckende Ausbau einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Informationstechnologie.



Grietje Staffelt, medienpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Stattdessen wird beim Breitband auf alte Gäule gesetzt. Die Konzentration auf den Ausbau der VDSL- oder Funktechnik bevorzugt die Marktführer und bindet millionen Haushalte an deren Angebote. Alternative Lösungen, die kommunales Engagement und schon existierende Netzwerkstrukturen wie das Strom- und Schienennetz mit einbeziehen, werden nicht diskutiert. Es ist dringend geboten, endlich - wie schon in unserem Änderungsantrag Breitbandausbau gefordert - eine umfassende Breitbandbedarfsanalyse für Deutschland zu erstellen, um auf Basis dieser Erhebung mit geeigneten Instrumenten und ausreichenden Mitteln die digitale Kluft zu schließen. ●

Europa ist mehr als die Europäische Union

Von Rainer Steenblock

Auf dem europapolitischen Bundesparteitag in Dortmund vom 23. bis 25. Januar erinnerte ich in meinem Redebeitrag daran, dass die Europäische Union mit ihren Werten der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und sozialen Gerechtigkeit zweifelsohne ein politisches Erfolgsmodell darstellt und weiterhin unseren vollen Einsatz verdient. Bündnis 90/Die Grünen waren und sind die Europapartei. Uns ist es wichtig, dass sich die Europäische Union weiterentwickelt. Der Vertrag von Lissabon ist hier eine Chance, die es zu nutzen gilt. Auch wollen wir, dass die Europäische Union weiter wächst, denn: Unsere Nachbarländer in Osteuropa und auf dem Balkan sowie die Türkei sind Teil

des Europäischen Kontinents. Das Signal, das für mich von diesem Bundesparteitag ausgeht, ist klar: Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, setzen uns als europäische Partei nicht nur für eine gerechte und demokratische Europäische Union ein, wir denken Europa weiter. Mit dieser Stärke können wir wieder einen erfolgreichen Europawahlkampf 2009 führen. Meine Rede findet ihr

auf www.youtube.de und einen Link zu dieser Rede auf meiner Homepage. ●



Beide Fotos sind von der BDK 23.-25. Januar 2009 in den Westfalenhallen Dortmund. (T. Berndt)

Bulgarien unterstützen

Vom 31. Januar bis zum 3. Februar besuchte ich Bulgarien, das mit Rumänien im Rahmen der letzten Erweiterungsrunde 2007 Mitglied der EU geworden ist. Noch immer kämpft die junge Demokratie mit einer hohen Korruption, die die wirtschaftlichen Erfolge des Landes konterkariert. Aus diesem Grund wurden Bulgarien in diesem Jahr EU-Fördergelder entzogen.

Da Deutschland einer der wichtigsten Partner Bulgariens ist, tragen wir eine besondere Verantwortung für das Land, das seit dem Beitritt in die EU massive Fortschritte erzielt hat. Bei weiteren Bemühungen auf dem Weg der Rechtsstaatlichkeit müssen wir Bulgarien daher unterstützen.

In Sofia besuchte ich das Parlament und traf mich unter anderem mit dem



Ministerpräsidenten Sergej Stanishev, dem Außen-, dem Innen- und dem Wirtschafts- und Energieminister, der Justizministerin sowie dem deutschen Botschafter. Ein reichhaltiges Programm mit spannenden Gesprächen. Selbst wenn es noch viel zu tun gibt, bin ich nach meinem Besuch zuversichtlich, dass Bulgarien auch die letzten von der EU formulierten Kriterien bald erfüllen wird und 2011/2012 der Eurozone beitreten kann. Hierfür wünsche ich dem Land viel Erfolg. ●

Wahlkreisbüro Rainer Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Jörn Pohl
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

www.rainder-steenblock.de

WEU auflösen

rs In einem aktuellen Bundestagsantrag fordere ich die Bundesregierung auf, sich für eine Auflösung der 1954 gegründeten Westeuropäischen Union (WEU) einzusetzen. Die WEU wurde in Zeiten des sich andeutenden Ost-West-Gegensatzes mit dem Ziel gegründet, als „europäischer Pfeiler der NATO“ die Sicherheit der Partner durch automatischen Beistand zu erhöhen und die Westintegration Deutschlands zu befördern. Sowohl NATO als auch EG übernahmen jedoch bereits kurz nach Gründung der WEU deren Aufgaben. Spätestens seit dem Ende des „Kalten Krieges“ und der voranschreitenden europäischen Integration im Rahmen der Europäischen Union ist die WEU historisch und politisch überholt. Sie spiegelt mit ihren 10 Mitgliedern die politische Realität einer erweiterten EU mit 27 Mitgliedsstaaten nicht wider. Momentan hat Deutschland den Vorsitz der WEU inne. Diese Chance wollen wir nutzen, die WEU ein für allemal aufzulösen und damit gleichzeitig die EU zu stärken. Den Antrag findet Ihr – wie alle meine parlamentarischen Initiativen – auf meiner Homepage unter www.rainder-steenblock.de ●

Wahlkreisbüro Grietje Staffelt

Claudia Prehn
Fabian Frei
Catharina Nies
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.staffelt@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Tanja Bergmann
Niklas Rößler
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.staffelt@bundestag.de

▶ www.grietje.de



K. Klein

Für ein Jahr ist **Christian Green** mit dem parlamentarischen Patenschaftsprogramm aus Michigan nach Tornesch gekommen. Ich habe - nicht nur wegen seines Namens - die Patenschaft für Christian übernommen und freue mich, dass der junge US-Amerikaner sich bei uns wohl fühlt.

Generationenübergreifend: Medienkompetenz fördern

gs Für viele eine Selbstverständlichkeit – Bahnfahrkarten im Internet buchen, Bankgeschäfte online abwickeln und E-Mails schreiben. Wohl dem, der sich kompetent in der digitalen Welt bewegt. Wer aber das Internet und die neuen Medien nicht nutzen kann, ist in vielen Bereichen benachteiligt.

Obwohl die Zahl InternetnutzerInnen stetig ansteigt, bleiben die Zahlen der älteren Onliner auf einem niedrigen Niveau. Bislang nutzen weniger als die Hälfte der über 50-Jährigen das Internet. Damit wird deutlich: Die Integration älterer Menschen in die Informationsgesellschaft hat bisher nicht stattgefunden.

Deshalb muss die Bundesregierung Modellprojekte fördern, die der



aboutpixel | stormpic

Unterschiedlichkeit Älterer und einem differenzierten Altersbild gerecht werden. Zudem muss die Medien- und Internetkompetenz endlich als Förderziel in den Richtlinien des Bundesaltensplans aufgenommen werden. Das fordern wir in unserem Antrag „Medienkompetenz Älterer stärken – Die digitale Kluft schließen“ (Drucksache 16/11365). ●

LET'S MAKE A NEW GREEN DEAL

Wettbewerb: „Deine Vision für Europa“

Entwickle (d)eine Postkarte für den Grünen Europawahlkampf. Werde kreativ und zeige uns, was Europa für dich bedeutet. Neben einer Referenz und dem guten Gefühl, dich auf künstlerische Weise für ein grünes Europa engagiert zu haben, winkt dir als Preis **ein Kurztrip für zwei Personen in das Herz von Europa: Straßburg!** Das Motiv der GewinnerInnenpostkarte wird außerdem vervielfältigt und verteilt.

Einsendeschluss: 1. April 2009

Abgabeformat: digital; per E-Mail, Post oder persönlich

Weitere Wettbewerbsbedingungen findest Du auf unserer Homepage: www.sh.gruene.de

Schicke uns deinen Entwurf bis zum 01.04.2009 an:

luise.amtsberg@sh-gruene.de

Bündnis 90/Die Grünen Landesverband

c/o Luise Amtsberg

Wilhelminenstraße 18

24103 Kiel

Tel.: 0431 - 59 33 80

ICH WERDE MITGLIED



Name Vorname

Straße, Haus-Nr. PLZ, Wohnort

Telefon Mobil E-Mail

Geb.-Datum Beruf

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten gespeichert und verarbeitet werden, wobei alle einschlägigen Datenschutzgesetze beachtet werden. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei Bündnis 90/ Die Grünen wie z.B. Beitragserhebung oder Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände, Fraktionen oder Tochterorganisationen der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei, z.B. für Werbezwecke, findet nicht statt.

Ort, Datum Unterschrift
(Hiermit bestätige ich auch, dass ich keiner anderen Partei angehöre)

Ich zahle einen Monatsbeitrag* in Höhe von EUR.

* Der Richtwert für den monatlichen Mindestbeitrag beträgt 1% vom Nettoeinkommen. In Ergänzung zu diesem Richtwert gilt die Beitragsregelung des jeweiligen Kreisverbandes, die in der Landesgeschäftsstelle und vor Ort erfragt werden kann.

Meinen Mitgliedsbeitrag zahle ich: Vierteljährlich Halbjährlich Jährlich

Hiermit ermächtige ich Bündnis 90/Die Grünen, meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in der oben genannten Höhe im Lastschriftverfahren bis auf Widerruf von meinem angegebenen Konto einzuziehen.

Name der Bank BLZ

Kto-Nr. Kto-InhaberIn (falls abweichend)

Ort, Datum Unterschrift für Einzugsermächtigung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN * LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN * WWW.SH.GRUENE.DE
Wilhelminenstraße 18 * 24103 Kiel * Telefon: 0431 59 33 8 - 0 * Fax: 0431 59 33 8 - 25 * E-MAIL: lv.sh@gruene.de

Impressum

Herausgeber grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25, E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene.de

Herausgeberin fördewind: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501, E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Herausgeber berlin-report: Grietje Staffelt und Rainer Steenblock, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Staffelt), Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

Redaktion grüne welle + fördewind: Dr. Jörg Nickel, Gestaltung grüne welle + fördewind: Bettina Aust

Redaktion und Gestaltung berlin report: Claudia Prehn